



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 168
02. März 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

diese Sitzungswoche startete ungewöhnlich mit dem CDU-Sonderparteitag am Montag. Mit großer Mehrheit haben wir dem Koalitionsvertrag zugestimmt und Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen CDU-Generalsekretärin gewählt.

Damit hat die gesamte Partei in dieser Woche ein starkes Zeichen der Geschlossenheit gesetzt. Das ist nicht nur an den hohen Zustimmungswerten zum Koalitionsvertrag und zur neuen Generalsekretärin erkennbar, sondern auch an anderer Stelle. Auf dem Parteitag haben wir mit Thomas de Maizière und Hermann Gröhe zwei derzeitige Minister gewürdigt, die der neuen Regierung nicht mehr angehören werden. In anderen Partei führten derartige, zweifelsfrei harte Entscheidungen in jüngster Vergangenheit zu Selbsterfleischungsprozessen. Die beiden genannten zeigen, dass man auch mit Würde aus einem Amt ausscheiden kann. Beide haben auf dem Parteitag betont, welche Ehre es für sie war, in dieser Position Deutschland dienen zu dürfen und es eben kein aus dem eigenen Ego erwachsenes Anrecht auf einen Ministerposten gibt.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

PARTEITAG

CDU-Sonderparteitag setzt starkes Zeichen der Geschlossenheit



Foto: CDU/Laurence Chaperon

Auf dem CDU-Sonderparteitag wurde auch unsere neue Regierungsmannschaft und Annegret Kramp-Karrenbauer als neue Generalsekretärin vorgestellt.

Auf dem CDU-Sonderparteitag in Berlin haben wir in dieser Woche mit einer großen Mehrheit von fast 97 Prozent grünes Licht für den Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD gegeben. Darüber hinaus wurde Annegret Kramp-Karrenbauer nach einer fulminanten Bewerbungsrede mit fast 99 Prozent zur neuen Generalsekretärin der CDU gewählt. Damit geht von dem Parteitag ein starkes Zeichen der Geschlossenheit aus.

In ihrer Bewerbungsrede wiederholte Annegret Kramp-Karrenbauer ihre Forderung nach einem neuen Grundgesetzprogramm der CDU bis 2021 sowie ihre Bestrebung, der CDU wieder ein stärkeres Profil als Volkspartei der Mit-

te zu verleihen. Dafür ist es notwendig, die Basis und die verschiedenen Strömungen der Partei in die anstehende programmatische Debatte einzubinden. Nur so werden wir für die Herausforderungen, denen wir derzeit sowohl national, als auch auf europäischer und internationaler Ebene gegenüberstehen, die besten Lösungen finden. Klar ist auch: Der Parteitag hat hierfür allenfalls den Startschuss geliefert. Die Diskussion muss nun in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden fortgeführt werden und die daraus entstehenden Erkenntnisse in das neue Grundgesetzprogramm einfließen.

Der Wille zur inhaltlichen, aber auch personellen Erneuerung war auf dem Par-

teitag deutlich spürbar. Ein Zeichen für letzteres sind auch die von Angela Merkel am Sonntag verkündeten zukünftigen CDU-Kabinettsmitglieder.

Mit Jens Spahn als Gesundheitsminister, Anja Karliczek als Ministerin für Bildung und Forschung und Julia Klöckner für das Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium werden, sofern die SPD-Mitglieder dem Koalitionsvertrag zustimmen, drei neue Gesichter als Minister am Kabinettschreibtisch Platz nehmen. Komplettiert wird die CDU-Ministerreihe durch Peter Altmaier als Bundeswirtschaftsminister, Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin und Helge

Braun als Kanzleramtsminister. Damit hat Angela Merkel eine hervorragende Mischung aus jungen und erfahrenen Kräften sowie aus den verschiedenen Strömungen der Partei gefunden. Sie alle werden ihre jeweiligen Rollen sicherlich mit hoher Kompetenz und Erfolg ausfüllen.

Aus rheinland-pfälzischer stellt natürlich vor allem der Einzug Julia Klöckners ins Kabinett einen großen Erfolg dar. Als ehemalige parlamentarische Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium verfügt sie über einen breiten Erfahrungsschatz in diesem Bereich. Naturgemäß verfügt das Landwirtschaftsmi-

nisterium über eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten mit meinem Wahlkreis. Daher freue ich mich mit Julia Klöckner nun eine Ansprechpartnerin in Berlin zu haben, die mit den rheinland-pfälzischen Gegebenheiten bestens vertraut ist.

Der Parteitag, aber auch die nun eingeleitete personelle Erneuerung zeigt, dass die CDU das Ergebnis der Bundestagswahl nicht auf die leichte Schulter nimmt, sondern wir gewillt sind, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... etabliert sich gerade eine neue Duzkultur zwischen der Eifel und Berlin. Nach Verkündigung der neuen CDU-Minister habe ich festgestellt, dass ich mit fast allen Kabinettsmitgliedern „per Du“ bin. Ausnahmen bilden nur die Kanzle-



Mit Jens Spahn in Prüm...

rin und Ursula von der Leyen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Der Begriff der Duzkultur wird bislang ja vor allem in Bezug auf eine spezielle Art der Unternehmensphilosophie verwendet. Immer mehr Unternehmen etablieren die Vorgabe, dass grundsätzlich jeder jeden duzen soll. Von einem solchen Duz-Zwang halte ich zwar nichts, dennoch gilt duzen als Vertrauensbeweis, soll Barrieren abbauen und zu einer produktiveren Zusammenarbeit führen. Nun wird der ein oder andere denken: Eine Steigerung der Produktivität wäre in Bezug auf unsere Regierung, gerade in Zeiten wie diesen, tatsächlich mal eine gute Idee. Das lasse ich an dieser Stelle mal unkommentiert. Ich werde mir die neue Duz-Kultur zu Nutze



... und Peter Altmaier in Daun.

machen, um noch effektiver als bislang für die Interessen meines Wahlkreises zu kämpfen. Ich bin mir jedenfalls sicher, dass ich mit den nun vorgestellten Personen gut zusammenarbeiten werde. Ausdrücklich auch mit jenen, die meinem persönlichen Duz-Kabinett noch nicht angehören.

BERLIN

Union fordert Beibehaltung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche

Nach der ersten Beratung über eine Änderung oder Streichung des Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches hat sich die Union gegen eine Lockerung des Werbeverbotes für Schwangerschaftsabbrüche ausgesprochen.

Aus meiner Sicht ist ein Schwangerschaftsabbruch keine gewöhnliche ärztliche Dienstleistung. Lebensrecht und Menschenwürde stehen auch dem ungeborenen Leben zu. Sie begründen eine Schutzpflicht des Staates. Die

Union möchte daher verhindern, dass Schwangerschaftsabbrüche verharmlost oder zu Geschäftsmodellen werden. Dafür setzte auch ich mich ein.

Der Paragraph 219a, der der Ärzteschaft Werbung für Abtreibungen verbietet, ist ein notwendiger Baustein, um dies sicherzustellen. Der Beratung kommt im Schutzkonzept des Staates eine zentrale Rolle zu. Diese ergebnisoffene Beratung darf nicht durch gegenläufige Werbung konterkariert werden.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71883
Fax: 030/227 76240
[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

DIGITALE INFRASTRUKTUR

Mit LTE-Netzen in die Zukunft

Neben den Verkehrswegen bilden auch die Kommunikationsnetze das Rückgrat unserer Infrastruktur. Schnelles Internet gehört zu einer modernen Daseinsvorsorge und ist für die Eifel nicht nur ein wesentlicher Standortfaktor, sondern überlebenswichtig. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind schier unbegrenzt. Leistungsfähige Internetverbindungen vereinfachen den Alltag, schaffen Arbeitsplätze und werten den ländlichen Raum auf. Auch das Internet der Dinge, die Vernetzung von Alltagsgegenständen mit der digitalen Welt, wird unsere Interaktion mit der Umwelt auf absehbare Zeit revolutionieren. In der Folge nimmt der deutsche Datenverkehr im Internet jedes Jahr um durchschnittlich 19 Prozent zu. Es gibt jedoch eine Zahl, die noch stärker wächst, und das ist der Anteil mobiler Endgeräte an der Internetnutzung. Die Menschen nutzen immer häufiger Smartphones und Tablets, und immer weniger den stationären Computer. Und sie benutzen die Datenanwendungen zunehmend außerhalb der heimischen Drahtlos-Netze. Um vielen Menschen zur gleichen Zeit leistungsfähige Internetverbindungen zur Verfügung stellen zu können, muss der Mobilfunkstandard der neuesten Generation, das sogenannte ‚Long Term Evolution‘ bzw. LTE zum Einsatz kommen. Doch in einigen Regionen Deutschlands, und die Eifel gehört dazu, fehlt es nicht nur an leistungsfähigen LTE-Verbindungen, es fehlt abschnittsweise auch an Mobilfunkverbindungen. Die Gründe sind technischer und marktwirtschaftlicher Natur.

Die Frage der Mobilfunkabdeckung ist schwierig. Seit dem 1. April 2011 ist das Gesetz zur Neuregelung des Post- und Telekommunikationssicherstellungsrechts und zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Vorschriften (kurz

PTSG) in Kraft. Das Gesetz enthält verschiedene Regelungen zur Frage der Mindestverfügbarkeit von Telekommunikationsdienstleistungen. Ein rechtlich bindender Anspruch auf eine Grundversorgung mit Mobilfunk lässt sich aus dem PTSG aufgrund der großen Fläche der Bundesrepublik jedoch nicht ableiten. Aufgrund der physikalischen Eigenschaften von Funkwellen ist eine einhundertprozentige Versorgung in Regionen mit schwieriger Topografie oft nicht möglich oder für die Netzbetreiber unrentabel, so dass auch

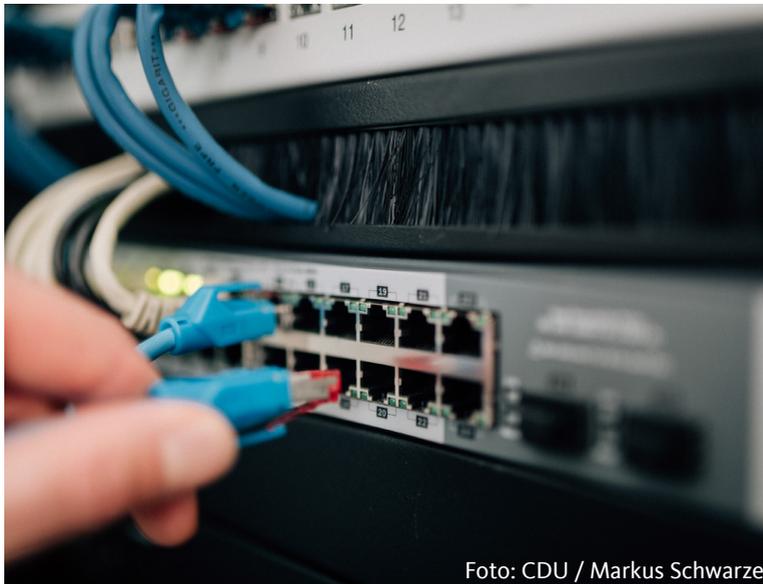


Foto: CDU / Markus Schwarze

die Mobilfunkversorgung in einigen Regionen der Eifel Lücken aufweist. Trotz dieser Lücken versorgt heute jeder der drei bundesweit tätigen Mobilfunknetzbetreiber (Telekom, Vodafone und Telefonica) nach eigenen Angaben ca. 99 Prozent der Bevölkerung mit Sprachkommunikation, dies hilft dem verbleibenden Prozent der Bevölkerung jedoch nicht und muss geändert werden.

Parallel zum Ausbau des Mobilfunks findet gegenwärtig der Roll-Out der nächsten Mobilfunkstandards in Deutschland statt, der gestaffelt verläuft. Die Bieter der Frequenzen mussten sich in diesem Fall strengen Ausbauregeln unterwerfen. Telekom, Vodafone und Telefonica müssen zunächst die unterversorgten Städte und Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern versorgen, die der soge-

nannten Prioritätsstufe 1 zugerechnet werden und zu denen die meisten Gemeinden der Eifel zählen. Ich hatte daher angeregt, im Zuge der Umrüstung von Sendemasten auf den LTE-Standard nach Möglichkeit und Bedarf auch zusätzliche Mobilfunksendeeinrichtungen standardmäßig nachzurüsten.

Die nächste Entwicklungsstufe des Mobilfunks steht bereits in den Startlöchern. Mobilfunk der 5. Generation, das sogenannte 5G, erlaubt Datenverbindungen von 10 Gigabit pro Sekunde und Latenzzeiten von einer Millisekunde.

Das bedeutet, dass eine über ein 5G-Verbindung angesteuerte Maschine so schnell auf Steuerkommandos reagiert, dass der Mensch keine Verzögerung mehr wahrnimmt. Fachleute nennen dies das taktile Internet, alle angesprochenen Geräte oder Maschinen reagieren in Echtzeit. Die Herstellung derart geringer Latenzzeiten, um Echtzeit-Kommunikation zu ermöglichen, ist gleichzeitig die größte Herausforderung des Vorhabens. Gegenüber den aktuellen Datennetzen muss die Datenübertra-

gungsrate in 5G-Netzen auf zehn Gigabit pro Sekunde verzehnfacht werden. Der Aufbau eines flächendeckenden 5G-Netzes ist eines der ehrgeizigsten Infrastrukturprojekte unserer Zeit. Die Union hat sich entschlossen, sich dieser Herausforderung anzunehmen. In unseren Koalitionsvertrag mit der SPD haben wir das Thema prominent platzieren können. Wir wollen Deutschland zum Leitmarkt für 5G entwickeln und gleichzeitig die bestehenden Mobilfunklöcher schließen.

Die Netzbetreiber verwiesen darauf, dass sich ein Landkreis oder die dazugehörigen Gemeinden bei einer lückenhaften Mobilfunkversorgung an die Mobilfunknetzbetreiber wenden können. Indem die zuständigen Bürgermeister den Mobilfunknetzbetreibern geeigne-

te Standorte für den Aufbau von Sendeanlagen nennen oder diese Standorte zur Verfügung stellen, könne unter Umständen eine Verbesserung der Mobilfunkversorgung erreicht werden. Da jedoch auch Vorschläge nur selten zu Ausbauvorhaben führten, muss die Politik nun andere Impulse setzen. Indem wir die Lizenzvergabe für Mobilfunkfrequenzen mit Ausbauforderungen kombinieren, schaffen wir Anreize für die Netzbetreiber, die bestehenden Funklöcher zu schließen. Neue Frequenzen soll es für die drei großen Anbieter nur noch geben, wenn sie im Gegenzug eine flächendeckende Versorgung sicherstellen. In den Regionen, wo sich der Ausbau durch einen Anbieter alleine aufgrund geringer Bevölkerungsdichte nicht rechnet, wollen wir den Mobilfunkanbietern durch entsprechende Änderungen im Telekommunikations- und Kartellrecht Absprachen erlauben, um Synergien zu heben. Gleichzeitig wünschen wir uns deutlich mehr Ehrgeiz von der verantwortlichen Regulierungsbehörde, der Bundesnetzagentur, wenn es darum geht, Benchmarks zu setzen und die Netzabdeckung voranzutreiben.

Wir werden die Bundesnetzagentur außerdem beauftragen, ihre App zur Mobilfunknetzmesung so zu erweitern, dass Bürgerinnen und Bürger einfach und unbürokratisch Funklöcher an die Behörde melden können. Diese Meldungen sollen in einer Mobilfunkversorgungskarte zusammengeführt und veröffentlicht werden. Deutschland darf sich beim Aufbau der digitalen Infrastruktur weder Bequemlichkeit noch Verzögerungen leisten.

Absoluter Vorrang muss nun haben, den ländlichen Raum zu versorgen, damit innovative und zukunftsfähige Geschäfts- und Lebensmodelle in den Regionen möglich werden, die von den Mobilfunkanbietern bislang vernachlässigt wurden. Taktiles Internet soll in Bildungs-, Forschungs- und Gesundheits-

einrichtungen ebenso schnell Realität werden wie die lückenlose Versorgung mit 5G-Standard entlang aller überörtlichen Straßen und Bahnstrecken. Der Bund wird helfen, wo er kann. So spricht sich die Union dafür aus, fünf insbesondere ländliche Regionen mit 5G-Netzen auszustatten, um die möglichen Chancen, Risiken und Herausforderungen vorab erforschen zu können und den bundesweiten Infrastrukturausbau mit diesen Erkenntnissen zusätzlich zu beschleunigen.

wie er es beim Aufbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes bereits getan hat. Nachdem einige Bundesländer, darunter Rheinland-Pfalz, den Glasfaserausbau jahrelang verschlafen haben, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im



Foto: Schnieder

Jahr 2015 reagiert und zwei Breitbandförderprogramme aufgelegt, die ich als verantwortlicher Berichterstatter mitinitiiert habe und betreue. Derzeit stehen 77 Prozent aller deutschen Haushalte 50 Mbit/s zur Verfügung, doch auf dem Land erreicht im Schnitt nur einer von drei Haushalten 50 Mbit/s. Den Landesregierungen, die den Anschluss verlieren, greifen wir daher bis Ende der Laufzeit mit mehr als 4 Mrd. Euro unter die Arme. Im Koalitionsvertrag haben wir versprochen, dass in der laufenden Legislatur die nächsten zehn bis zwölf Milliarden folgen sollen.

Mittlerweile werden alle Landkreise meines Wahlkreises mit Fördergeldern des Bundes unterstützt. Das ist ein großer Erfolg für die Region, aber nur der

Startschuss für die Kraftanstrengungen, die noch folgen müssen, denn Megabits werden nicht reichen. Unser Ziel ist daher der Gigabit-Anschluss. Zukunft gibt es nur mit dem Glasfaserkabel in jedes Haus. Daher werde ich weiter dafür kämpfen, dass Gigabit, Glasfaser und 5G bis in das letzte Dorf der Eifel kommen.

Schlussendlich bedingen sich Glasfaserausbau und 5G-Versorgung gegenseitig. Schließlich müssen auch alle Mobilfunkmasten mit Glasfaser angeschlossen werden, bevor sie mit LTE-Sendemodulen ausgestattet werden können. Ich erwarte, dass in dieser Legislaturperiode die bestehenden Versorgungslücken überall dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar

ist, geschlossen werden und dass sich der Wettbewerb der Mobilfunknetzbetreiber nicht länger nur auf die Kunden in den Ballungsräumen beschränkt.

5G wird große Auswirkungen auf unsere digitalen Potenziale haben. Dennoch darf es nicht nur um Übertragungsgeschwindigkeit und Latenzzeit gehen. Entscheidend ist auch die Zuverlässigkeit. Bei der Steuerung selbstfahrender Autos oder chirurgischen Eingriffen

durch OP-Roboter muss die Datenübertragung absolut zuverlässig und bedingungslos sicher sein. Es geht um die richtige Balance aus Ehrgeiz und Sorgsamkeit, aus Geschwindigkeit und Augenmaß. The German Way. Mit dem Positionspapier, das ich in der vergangenen Woche mit meiner Fraktion entwickelt habe, zeigen wir den Weg auf, wie es bis spätestens zum Jahr 2025 gehen soll. Andere werben mit der Zukunft. Wir bereiten sie vor. Digitalisierung first, Bedenken second? Ohne zugrundeliegendes Konzept ist das nicht mehr als heiße Luft. Für manche mögen Digitalisierung und 5G-Netze ein nützlicher Marketing-Gag sein. Für mich ist sie die Gretchenfrage, die über die Zukunft unserer Heimat mitentscheidet.